

Łódź, Freitag, den 7. November 1919

Preis 30 Pfg.

Die Bilanz der Friedenskonferenz.

Das „Echo de Paris“ zieht die Bilanz aus den Arbeiten der Friedenskonferenz, die, wie sie jetzt funktioniert, ihrem Ende entgegengeht. Die Amerikaner verheimlichen nicht mehr ihre Ungeduld und kündigen ihre demnächstige Abreise an. Das Blatt fragt: „Welchen Teil des Programms hat die Konferenz noch auszuführen? Der Friedensvertrag von Versailles ist ratifiziert, jedoch ist das Problem seiner Ausführung noch zu lösen. Der Friedensvertrag von St. Germain steht kurz vor der Ratifizierung und ist durch die Haltung Serbiens und Rumaniens aufzuhalten worden. Die adriatische Frage besteht noch vollkommen ungeklärt, und der bulgarische Friedensvertrag wird noch große Schwierigkeiten hervorrufen, denn Amerika verweigert Griechenland den Besitz von Westthracien.“

Außer diesen schwebenden Fragen seien noch drei Friedensverträge abzuschließen, mit der Türkei, Rußland und Ungarn. Was die Ausführung der abgeschlossenen Verträge anbetrifft, so sei hinsichtlich des Friedensvertrages von Versailles in bezug auf das militärische Direktorium noch nichts entschieden. Man erwarte die Antwort von England, Amerika und Italien. Die adriatische Frage, die den Vertrag von St. Germain berührt, hänge von Amerika ab, das die Kompromißanträge Tittons abgelehnt habe. Außerdem sei es auch Amerika, das hinsichtlich Westthraciens Schwierigkeiten bereite. Sir George Clark sei im Auftrage der Friedenskonferenz nach Budapest gegangen, um ein Konzentrationstabernakel einschließlich der Sozialisten zusammenzubringen. Es scheint jedoch, daß er keinen großen Erfolg gehabt habe. Das ungarische Volk sei royalistisch gesinnt und gruppiere sich um die alten Parteien. Es sei besser, von dem russischen und türkischen Friedensvertrag nicht zu sprechen.

Unter diesen Bedingungen erhebe sich die Frage, ob die Friedenskonferenz auseinandergehen könne, um sich in einen Rat ohne besondere Autorität zu verwandeln. Gewiß sei die Vankrottbedrohung, die man feststellen müsse, in der Hauptsache auf den amerikanischen Senat zurückzuführen. Je nachdem Amerika an den Arbeiten teilnehme oder nicht, stelle sich das Problem in verschiedener Form dar. Perinotz hofft, daß Amerika seinen Rat werde, daß die alte Welt mit Herzklopfen seinen Debatten folge.

Der Washingtoner Berichterstatter des „Messagero“ berichtet, er erlaube aus gut unterrichteter halbamtlicher Quelle, daß die amerikanische Regierung beschlossen habe, die amerikanische Friedensabordnung aus Paris zurückzubringen und die Behandlung der noch ungelösten Fragen in Washington fortsetzen zu lassen. (Eine ähnlich lautende Meldung bringt auch die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“.) In einer Besprechung dieser Meldung bezeichnet der der Redaktion sehr nahestehende „Messagero“ die Nachricht als aufsehenerregend, aber doch wahrscheinlich, weil Wilson auch im Weißen Hause tätigen Teil an der Beratung wichtiger Fragen haben wollte; ferner binde die durch den Widerstand des Senats geschaffene Lage die amerikanische Abordnung in Paris zumindest moralisch in eine peinliche Lage. Sollte man in Washington tatsächlich einen solchen Beschluß gefaßt haben, so müßten dadurch, meint der „Messagero“ weiter, die Entscheidungen bedeutend verzögert werden, was besonders bedenklich sei angesichts der Verdüsterung der französisch-englischen Beziehungen. Welcher Art diese Verdüsterung ist, wird nicht gesagt.

Wie aus Lyon gemeldet wird, hat sich der Oberste Rat der Alliierten am Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung versammelt, in der Wilson den Vorsitz führte, um über die noch nicht gelösten Probleme zu beraten. So beschäftigte er sich u. a. mit den Friedensverträgen mit der Türkei und Ungarn, mit der russischen und der adriatischen Frage, mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint Germain durch Jugoslawien und Rumänien, mit der Frage der Festsetzung der Disgrazien Polens, der Entscheidung des Schicksals Ostgaliziens, sowie mit den Sonderverträgen, die zwischen Griechenland und Jugoslawien abgeschlossen werden sollen. Schließlich beschäftigte sich der Oberste Rat mit den Bedingungen des Vertrages hinsichtlich des Schicksals der Minderheiten in Rumänien. Alle diese Fragen werden noch Gegenstand längerer Verhandlungen sein.

Was die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika anbetrifft, so liegt heute eine Washingtoner Meldung vor, wonach der amerikanische Senat noch im Laufe dieser Woche einen diesbezüglichen Beschluß fassen werde. Einer

Der neue polnische Verfassungsentwurf.

In der Sejmung vom 4. d. M. teilte der Marischall dem Hause mit, daß die Regierung ihren zweiten Verfassungsentwurf fertiggestellt habe. Die Grundzüge dieses Entwurfes sind folgende:

Der amtliche Name des polnischen Staates lautet „Rzeczpospolita Polska“. Der Sejm ist die gesetzgebende Stelle. Die ausführende Stelle ist der Staatspräsident. Die Richtsprüche liegen in den Händen unabhängiger Gerichte. Der Sejm wird gewählt auf Grund des gleichen, allgemeinen geheimen, direkten Verhältniswahlrechts auf 4 Jahre. Der Staatspräsident beruft alljährlich im November den Sejm zu einer mindestens vier Monate dauernden Tagung. Auf Antrag von mindestens $\frac{1}{5}$ der Gesamtzahl der Abgeordneten kann der Staatspräsident jederzeit eine außerordentliche Tagung des Sejms einberufen. Eine Verlegung des Sejms kann höchstens für die Dauer von 30 Tagen stattfinden, wobei innerhalb eines Jahres eine erneute Verlegung nur mit Einwilligung des Sejms selbst zulässig ist. Der Staatspräsident hat das Recht, den Sejm aufzulösen, jedoch müssen die Neuwahlen im Laufe von 90 Tagen nach dem Tage der Auflösung vor sich gehen, und die Tagung des neuen Sejms muß spätestens 15 Tage nach den Neuwahlen einberufen werden.

Eine Veränderung der Verfassung kann nur in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Gesamtzahl der Abgeordneten mit einer Zweidrittelstimmmehrheit beschlossen werden. Der Antrag auf Verfassungsänderung muß von mindestens dem vierten Teil der Gesamtzahl der Abgeordneten unterschrieben werden. Wenn der Sejm besteht ein Richteramt, zu dem der Sejm selbst 30 Mitglieder zu wählen hat (aus seiner eigenen Mitte oder andere Personen), während je ein Mitglied von den höchsten wissenschaftlichen Anstalten zu wählen ist. Weitere dreißig Mitglieder ernannt der Staatspräsident. Alle Mitglieder behalten ihr Mandat während der ganzen Dauer des Sejms. Zum Richteramt einberufene Sejmabgeordnete verlieren damit ihr Mandat. Jedes Mitglied muß dem Richteramt zur Nachprüfung vorgelegt werden. Werden nach Ablauf von 30 Tagen keine Einwände erhoben, dann veranlaßt der Staatspräsident die Veröffentlichung des Gesetzes. Fällt der Richteramt Änderungen eines Gesetzes für wünschenswert, so benachrichtigt er

den Sejm davon innerhalb dreißig Tagen. Werden die vorgeschlagenen Änderungen ganz oder teilweise abgelehnt, dann steht dem Staatspräsidenten das Recht zu, nach seinem Ermessen entweder die Veröffentlichung des Gesetzes in dem vom Sejm einem beschlossenen Wortlaut zu veranlassen oder sein Votum einzulegen. Im letzteren Fall darf der Entwurf nicht während derselben Sejmung zur Beratung kommen.

Der Staatspräsident wird auf sieben Jahre gewählt von allen Personen, denen das aktive Wahlrecht zusteht, unter 2 Kandidaten, die von dem Sejm vorgeschlagen werden (einer von der Mehrheit und einer von der Minderheit). Wenn der Sejm nicht in Tätigkeit ist, beruft der Staatspräsident eine besondere Tagung. Als gewählt gilt der Kandidat, der die größte Zahl der Stimmen auf sich vereinigt hat. Sofort nach der Wahl des Kandidaten, spätestens 3 Monate vor Ablauf der 7 Jahre, teilt der Staatspräsident die Wahlen an, deren Rechtsgültigkeit das oberste Gericht zu bestätigen hat. Staatspräsident kann jeder polnische Bürger werden, der das 40 Lebensjahr überschritten hat. Der Staatspräsident vertritt über die Wehrmacht des Staates und ist ihr oberster Führer.

Die römisch-katholische Religion, als Bekenntnis des überwiegenden Teiles der Bewohner, hat im Staate eine vorherrschende Stellung auf Grund einer Abereinunft mit dem apostolischen Stuhl.

Die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Warschau, 5. November. (Pat.)

Wie der „Kurjer Poranny“ meldet, begeben sich die Vertreter Polens mit dem Unterstaatssekretär Dr. Wrublewski an der Spitze wieder nach Berlin zur Fortführung der Unterhandlungen über das Inkrafttreten des Friedensvertrages. Pojener Meldungen zufolge, sollte die Abreise der polnischen Abordnung nach Berlin bereits am 4. d. M., 2 Uhr 40 Minuten erfolgen, sie scheint aber verschoben worden zu sein.

weiteren amtlichen Nachrichten aus Washington zufolge, hat Wilson als Ort der ersten Sitzung des Völkerbundes des Washington bestimmt.

Schwere Kämpfe in Rußland.

London, 5. November. (Pat.)

Das englische Kriegsministerium hat ein Telegramm erhalten, das von schweren Kämpfen berichtet, die an der ganzen Front, von Barmis bis Kiew, entbrannt sind. Die unter dem Befehl des Generals Wrangel stehende kaukasische Armee rückte 80 Km. vor, die Donarmee sogar 200 Km. und hat ihre früheren Stellungen beinahe erreicht. Sie besetzte den wichtigen Eisenbahnknotenpunkt Noworin und erbeutete zwei Panzerzüge. Die freiwilligen Armee hat Jelez, 370 Km. südlich Moskau, besetzt. Denikin macht bei Orel wieder Fortschritte. Dort sind neue Kämpfe im Gange.

Paris, 5. November. (Pat.)

Pariser Blätter veröffentlichen einen Funkpruch aus Gelsingfors, in dem es heißt: Die glänzenden Angriffe der Truppen des Generals Judenitsch bei Petersburg mußten wegen Mangel an Munition und Lebensmitteln eingestellt werden. Die Bolschewiki haben bedeutende Verstärkungen aus Moskau und von der Archangelsker Front erhalten.

Gefangenenaussagen zufolge, erhält jeder Soldat der Roten Armee anderthalb Pfund Brot und 20 Gramm Zucker täglich. Die antibolschewistischen Truppen machen sehr viele Gefangene, so daß sie diese nicht verpflegen können. Bei Gatschina wurden 12000 Bolschewiki, Soldaten und Offiziere, gefangen genommen. 4000 davon meldeten sich sofort zur Arme Judenitsch; die übrigen arbeiten an der Befestigung der Front

Judenitsch. In letzter Zeit wurden 27 bolschewistische Kommissare verhaftet, die sofort erschossen wurden. Die Arme Judenitsch erhält Munition und Munition von der französischen Regierung. Die finnische Regierung bekam dieser Tage 3500 Geschosse und Tanks.

Gelsingfors, 5. November. (Pat.)

Von der Nordfront wird gemeldet: Die Bolschewiki zogen am Onega-See ziemlich bedeutende Kräfte in Gestalt von kleinen Kreuzern zusammen. Mit Hilfe dieser Flotte versuchten sie die Stadt Pioniewsk anzugreifen. Der Angriff wurde jedoch mit großen Verlusten für die Bolschewiki abgewiesen. Es wurde auch versucht, Sychow zu erobern, was ebenfalls mißlang. Die antibolschewistischen Truppen rückten in Richtung Onega-See vor und besetzten Jaglow, Kleitschowo und Turbowa.

London, 5. November. (Pat.)

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Aus Kronstadt gestohlene Pistolen und Munition teilen mit, daß in Kronstadt Hafen nicht soviel Kriegsmaterial vorhanden ist, als Kronstadt einen Angriff auf Petersburg von der See aus verhindern könnte. Als einziges Verteidigungsmittel sind vorhanden: der Drednought „Petropawlow“ und die Batterie auf Krasnoja Gorka. Die Befestigungen Kronstadts sind beinahe Ruinen.

Reval, 5. November. (Pat.)

Der estnische Generallstab meldet: An der antibolschewistischen Front, an der Rüste, stehen 4 Regimenter Infanterie, 4 Batterien und die estnische Flotte im Kampf. Oberbefehlshaber dieser Streitkräfte ist Admiral Pitka. Die Esten kämpfen zurzeit in der ersten Feuerlinie bei Krasnaja Gorka.

Kopenhagen, 5. November. (Pat.)

Aus Gelsingfors wird gemeldet, daß dort der französische General Mangin eintrifft und die Leitung der Abordnung der Verbändmächte für die baltischen Länder übernimmt. Er hat bereits Beziehungen zur finnischen Regierung angeknüpft und hofft, daß es ihm gelingen wird, sie zur

Teilnahme an dem Kampf gegen die Bolschewiki zu bewegen.

Gut unterrichtete Kreise wollen wissen, daß die englische Flotte in der Ostsee in der letzten Zeit erheblich verstärkt wurde. Die Engländer haben die Absicht, Petersburg von der See aus anzugreifen. Da die Letten die Unterzeichnung des Vertrages mit der estnischen Regierung verweigern, befahl der Oberbefehlshaber der estnischen Truppen, die estnischen Panzerzüge aus Riga zurückzuführen.

Ein Siegesaufruf Trozkis.

Wie der „Dien“ erzählt, erließ die Moskauer Sowjetregierung nachstehenden Funkpruch: „An alle! Der große Angriff auf die Sowjetrepublik, welcher in zwei Hauptrichtungen, auf Petersburg und auf die Südroute eröffnet wurde, scheiterte, ebenso wie der Angriff auf die Ostfront. Die fremden Funkprüche machen von der Offensive nichts viel Aufhebens und melden die Niederlage der roten Truppen. Es ist sicher, daß diese Offensive mit großen Kräften und mit neuen, von den Alliierten gesandten Munitionsvorräten vorbereitet wurde. Die roten Truppen haben, obwohl sie durch Märsche, welche wegen ihrer Schnelligkeit in der Kriegsgeschichte vereinzelt dastehen, erschöpft waren, nicht für einen Augenblick ihre Hauptstellungen verloren. Das einzige Resultat der großen Bemühungen der Gegenrevolution ist die Eroberung von einigen Duzend elender Stationen in der sibirischen Ebene für einige Wochen. Aber die Sowjettruppen, verjüngt und verstärkt durch eine große Anzahl Freiwilliger, welche aus allen Teilen zum Schutze der Revolution zuflühten, erneuerten ihr unaufhaltsames Vordringen. Unsere neue Offensive heisst bereits ihre ersten Erfolge ein. Auf der ganzen Front in der Richtung auf Omsk haben wir beinahe überall unsere ursprünglichen Stellungen wiedererlangt. Unsere heldenhaften Truppen eroberten wiederum die Hauptstadt Westsibiriens, Tobolsk. Dieser wichtige Sieg ist für die rote Armee bloß eine Etappe auf ihrem Vormarsch auf Omsk, von wo der Generallstab der Gegenrevolutionäre mit den Generalen und Missionen der Alliierten bereits weiter gegen Osten flüchtet. Das Sowjetrussland hat in dem Volksmassen genug Kräfte, um an drei Fronten zu widerstehen und alle seine Gegner genügend zu befeuern.“

Der „Ostwest-Telegraph“ meldet dazu aus Gelsingfors: Der zentrale Bollzugsausschuß der Sowjets erläßt den folgenden Befehl: „Angesichts der schwierigen Lage und der bedrohlichen Gefahr, die uns infolge der wüsten Offensive bedroht, hat sich die Sowjetregierung in Wahrnehmung der Interessen des Vaterlandes entschlossen, den zwölfstündigen Arbeits-tag einzuführen. Die Arbeiter werden für die hierdurch entstehenden Überstunden in entsprechender Weise entlohnt werden.“

Wieder ein Eisenbahnunglück.

Nauen, 5. November. (Pat.) Am Montag stießen zwischen den Stationen Pommern und Simphon zwei Eisenbahnzüge zusammen, wobei 12 Personen getötet, 30 schwer verletzt wurden. Neuesten Meldungen zufolge soll die Zahl der Opfer noch größer sein, nämlich 30 Tote und 100 Verwundete. Zwei Waggons 3. Klasse und ein Salonwagen wurden zertrümmert.

Kleine Nachrichten.

— Zwischen Brüssel und London ist der Telegraphenverkehr wieder hergestellt worden.

— Mit dem 6. d. M. wurde in Österreich der Personenzugverkehr vollständig eingeleitet. Die Güterzüge werden nur eine beschränkte Anzahl Reisen befördern.

— Unter den kirchlichen Würdenträgern, die als Kandidaten für einen Kardinalposten genannt werden, befinden sich der Warschauer Erzbischof Kalomski, Bischof Sapieha-Kraus und Primas Dalbor-Pojen.

— Der Oberste Rat der Verbändmächte beriet in Anwesenheit des Betreters von Italien Marino. Der Rat beschloß die Leitung der Abstimmungsgeschäfte und Verbandstruppen in folgender Weise zu verteilen: Den Bezirk Albanien übernimmt Großbritannien, den Bezirk Marientwerder Italien, Oberösterreich Frankreich, Teichen die Vereinigten Staaten, vorläufig aber, bis zur Ratifizierung des Vertrages durch Amerika, Frankreich. Der Oberste Rat hörte außerdem den Bericht des Sir George Clark über die Lage in Ost-Asien und beschäftigte sich mit der ungarischen Frage.

